

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 18

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Der Bundesrat zur »Preis-Lohnschraube«

-an- Wird die abermals ausgesprochene *Mahnung des Bundesrates, mit weitem Lohnsteigerungen Schluss zu machen*, zum wenigsten dort, wo die frühern Reallöhne bereits erreicht, die Teuerung ausgeglichen sei, viel fruchten? Wird auch die *Warnung an die Unternehmer, neue Betriebe zu eröffnen und die bestehenden schrankenlos zu erweitern*, den nötigen Widerhall finden? Haben volkswirtschaftliche Überlegungen, wenn sie von seiten der Behörden «zum Nachdenken aufgegeben werden», eine Verpflichtung in sich? Der Bundesrat hat noch nie so deutlich gesprochen wie diesmal. Er hat die Leute, die drauflos investieren und erweitern, darauf aufmerksam gemacht, sie würden sich später keinesfalls auf eine «Notstandsaktion» verlassen können. Wer sich jetzt also selber hineinreite, werde sich auch selber retten müssen. Das heisst: Selber zugrunde gehen müssen, wenn er sich jetzt überlüpfe.

An die Volkssolidarität appelliert unsere oberste Behörde, wenn sie den «Preistreibern» wie den «Lohntreibern» sagt: Denkt doch an die Leute, die ausserstande sind, ihr Einkommen durch erhöhte Löhne oder Preise zu steigern! Denkt an die Alten, die von dem leben müssen, was sie sich auf die Seite gelegt haben! Denkt auch an jene, die von ihren Pensionen zehren. Steigen die Preise schrankenlos in die Höhe, dann entwerten sich alle Pensionen, alle Renten, alle Sozialleistungen! Mit andern Worten: Ihr könnt auch die noch nicht einmal in Kraft getretene Altersversicherung mit ihren fixierten Ansätzen zum voraus entwerten, wenn ihr das jetzige Preisniveau nach oben verschiebt. Vor allem die Arbeiter, die als wichtigste Interessenten dieser AHV verstehen müssen, was eine Entwertung der Altersrenten bedeutet, sollen es sich gesagt sein lassen.

Es versteht sich, dass der Bundesrat *speziell auf das Baugewerbe* zu sprechen kam, das «Schlüsselgewerbe» sozusagen, von welchem aus unser Lebensstandard sehr wesentlich gestaltet wird. Wollt ihr, fragt unsere oberste Behörde, die Mieten für neue Wohnungen noch höher treiben und damit auch das allgemeine Niveau der Wohnungspreise so hoch heben, dass man nachher mit einer *Dauerteuerung auf diesem Gebiete* zu rechnen hat? Ist euch nicht bewusst geworden, dass in den verschiedenen Kantonen die Lust, Bausubventionen auszurichten, rasch schwindet, dass der soziale Wohnungsbau damit seine Grundlagen verliert und die Kalamität sich noch verschlimmert? Denn: Mann kann heute ohne Subventionen kaum noch bauen!

Die *Antworten auf den bundesrätlichen Mahnbrief* werden sehr unterschiedlich lauten. Die *Bauarbeiter* werden sagen, für sie gelte eben nicht, was für andere gelte. Denn sie hätten bei sich die Teuerung noch nicht ausgeglichen. Sie haben übrigens an ihrer grossen *Berner Demonstration*, die dem

Bundesrat wohl den direkten Anstoss zu seiner Ermahnung gegeben, auf *zwei andere «Bauverteuerer»* hingewiesen: Auf den *Zementtrust* und auf die *Ziegelfabrikanten*. Würden wohl, wenn für einige Zeit jeder neue Industriebau verboten wäre, die Preise für Zement und Ziegel fallen?

Nach der Moskauer-Konferenz

Vor einer Woche haben die vier Aussenminister in Moskau ihre Mappen und Koffer gepackt und sind nach Hause geflogen. Das heisst, Molotow blieb im Kreml und konnte *hier*, statt im Flugzeug, die Sprüche vorbereiten, welche nachher der Öffentlichkeit der verschiedenen Länder beweisen sollten, es habe kein Fiasko gegeben. Vielmehr sei der «unsichtbare Erfolg» sehr beträchtlich. Es sah beinahe so aus, als ob in der *Schluss-Sitzung* nicht nur *Fortsetzung im November* beschlossen worden sei, in London, sondern dass man sich auch gemeinsam vorgenommen habe, Wasser in den Wein der pessimistischen Presse zu giessen. *Marshall*, der amerikanische Vertreter, sprach von einer «*ersten Runde*», die vorüber sei. Sprach auch von der *Enttäuschung darüber, dass der österreichische Staatsvertrag nicht unter Dach gebracht wurde*. Aber, so gab er zu bedenken: Man konnte gar nicht erwarten, über Deutschland jetzt schon zu einem Abkommen zu gelangen. Der Fragenkomplex ist auch unendlich verwickelter und umfangreicher als die Verträge mit den Satelliten. *Bevin*, der englische Vertreter, gab sich um einen Schatten weniger optimistisch, desgleichen *Bidault*. Von der «*Atmosphärenklärung*», welche Marshall pries, wussten sie wenig zu sagen. Dagegen deuteten sie an, dass die eigentlichen Ergebnisse später zutage treten würden, und dass in Moskau fruchtbringende Arbeit geleistet worden sei.

So musste man denn glauben, die Staatsmänner sähen deutlicher als die Presseleute, die in ihrer Ungeduld schon gleich die fertigen Vertragsentwürfe verlangt hatten. Und diese Unruhe verbreitenden Presseleute verdienten den Tadel, den *Stalin* gegenüber *Mr. Stassen*, dem *vermutlichen republikanischen USA-Präsidentenskandidaten* in andert-halb Jahren, ausgesprochen. Verdienen sie wirklich, dass man sie noch härteren Zensurfesseln unterwirft, als *Stalin* dies befürwortete?

Nach unserer Ansicht vermitteln die grossen Zeitungen uns so wenig das richtige Bild des Geschehens wie die Herren Aussenminister, die ihr optimistisches Lächeln aufsetzten, als ob sie fotografiert werden müssten. Wer zwischen den Zeilen der Beruhigungssprüche zu lesen versteht, muss das merken. Die nervöse Unsicherheit der Presse, die ahnt, vermutet, wittert, stammt im Grunde aus ihrem Wissen um die unausgesprochenen Hintergründe all der behaupteten «Standpunkte», für welche die verschiedenen Herren Aussenminister angeblich kämpfen. Die schliessliche Einigung, mag sie so oder so ausfallen, wird ein Kompro-

miss sein, hinter welchem sich die Unvereinbarkeit der östlichen und westlichen Ansprüche verbergen. Mag heute Marshall oder ein anderer behaupten, es sei besser, sich offen auszusprechen und auf eine Einigung zu verzichten, statt einen Kompromiss zu treffen — am Ende wird doch ein solcher kommen und uns verhüllen, was wir sowieso ungerne sehen: Dass sowohl Moskau als Washington ihre Positionen weiter verstärken, und dass jeder den andern — ohne Krieg natürlich — politisch schachmatt zu setzen versucht. «Die erste Runde» ist vorüber», sagte Marshall. Die zweite wird folgen. Und in irgendeiner fernern Runde ist, wenn das Bild vom Boxring stimmt, einer der Gegner am Ende knock out geschlagen.

Die nächsten Folgen

der beschlussarmen, wenn auch nicht «ergebnislosen» Konferenz bestehen darin, dass die verschiedenen Mächte nun abermals mehr als ein halbes Jahr lang in ihren Besetzungszonen nach eigenem Gutdünken weiter organisieren und politisieren, stets beobachtet und beargwöhnt vom Gegner, der sich selbst beobachtet und beargwöhnt fühlt.

Was dabei herauskommen wird, lässt sich voraussehen: *Die russische Zone verändert ihr Gesicht immer weiter* und gleicht nach einem weitem Halbjahr noch weniger als heute den drei Westzonen. *England und Amerika* verwirklichen ihre *Investitionsprogramme*, forcieren die Produktion in allen Betrieben, an welchen sie durch solche Kapitalbeteiligung Mit-Interessenten werden, bauen damit eine neue, schon bald einmal funktionierende Exportwirtschaft auf, welche die deutschen Importe zu bezahlen vermag, und entlasten so die eigenen Steuerzahler, die nicht mehr willens sind, für Deutschland zu bluten. Zwangsläufig muss es so herauskommen. Denn gerade der Umstand, dass die Besetzung bisher zu einer Art «Reparationsleistung» der West-Alliierten zugunsten der Deutschen wurde, ist die Hauptursache ihrer Entschlüsse, die deutsche Wirtschaft zu einer zahlungsfähigen, sich selbst erhaltenden zu machen. Und wollen die Russen nicht mittun, müssen USA und England auf eigene Faust operieren, koste es, was es wolle. Man spricht übrigens heute bereits von einer *politischen Zusammenlegung der beiden angelsächsischen Besetzungsgebiete*, welche der *wirtschaftlichen Vereinheitlichung* folgen soll.

Andererseits ist auch die Rede von einem *Anschluss des französischen Sektors an die beiden andern*. Die Vorteile lägen auf der Hand, und es ist in Paris und Baden-Baden begriffen worden, welche Entlastung die Austauschmöglichkeiten bringen müssten. Nach dem in Moskau getroffenen *Kohlenabkommen der drei Westmächte zugunsten Frankreichs* erwartet man eine engere Zusammenarbeit Frankreichs mit den Angelsachsen, nicht nur auf deutschem Boden. Haupteffekt der russischen Widerstände an der Moskauer Konferenz ist also die deutlicher gewordene Blockbildung im Westen.

Gerade das, was der Kreml fürchtet und zu verhindern trachtet!

Die Verhandlungen über eine Erneuerung des britisch-russischen Bündnisvertrages sind liegen geblieben, um nicht zu sagen: Gescheitert. Und zwar, weil die russischen Forderungen an England darauf hinausliefen, London durch gewisse Klauseln in eine Widerstandsfront gegen die USA hinein zu manövrieren.

Das arme Oesterreich,

der eigentliche Verlierer in Moskau, scheint sich zu einer Protestaktion aufraffen zu wollen. Aussenminister Dr. Gruber der vor dem «grossen Vier» die Forderung vertrat, es seien die Grenzen von 1938 anzuerkennen, äusserte sich nach seiner Heimkehr mit bitteren Worten und lehnte es ab, «Moskau als einen Erfolg zu bezeichnen». Er gestand freilich, dass gegenüber dem Londoner Entwurf einige für Oesterreich untragbare Bestimmungen dahingefallen wären. Trotzdem stehe die ganze Behandlung des Landes in eklatantem Widerspruch zum Versprechen der Mächte, ein freies und unabhängiges Oesterreich aufzurichten. Wenn es diesen Staat jemals gebe, dann nicht dank der Hilfe der Alliierten, sondern dank des österreichischen Volkswillens.

«Insbesondere sehen wir keinen moralischen Grund für das Weiterdauern der Besetzung», sprach Dr. Gruber. Kein Unbefangener in der weiten Welt sieht einen solchen, es sei denn, man bezeichne die Absichten der Russen, ihre Truppen als Garanten für die Einbringung einer möglichst grossen Beute und für die Angliederung Südkärntens an Jugoslawien als «moralische Begründung».

In Moskau wurde von Oesterreich angeboten, genaue Unterlagen zu liefern, damit

die wirklich deutschen Vermögenswerte in Oesterreich zweifelsfrei von den österreichischen unterschieden werden könnten. Zur Kärntenfrage sagt Oesterreich: Soll das deutsche Ober-Etschtal bei Italien verbleiben, obgleich dort niemals eine Volksabstimmung für Italien entschied, dann muss Südkärnten, das nach 1918 mit überwältigendem Mehr für Oesterreich optierte, auch österreichisch bleiben.

Bisher sind die Wiener Argumente kaum gehört worden. Immerhin: Wien kann sicher sein, dass die drei westlichen Alliierten ihm Kärnten sichern und die Forderungen der Russen nach österreichischen Werten, die nicht deutsche Werte gewesen, auf ein Minimum herabsetzen werden. Dafür wird ja auch «die zweite Runde» im November angesetzt. Und sollten die kommandierenden Generäle Russlands einige russische «Geschäftsbeteiligungen» durchsetzen — Truman scheint auch solche Beutezüge stoppen zu wollen.

Die Frage der Besatzungsreduktionen

ist merkwürdigerweise von den Russen am radikalsten beantwortet worden. Nach Molotows Vorschlag würden am 15. September auf deutschem und österreichischem Boden noch 200 000 Russen, gleichviel Engländer und Amerikaner und 50 000 Franzosen stehen. Mr. Bevin antwortete, England brauche, um seinen Teil der Westzone richtig zu kontrollieren, minimal 145 000 Mann, und im übrigen gehe es nicht an, USA und England als eine Einheit zu behandeln, die zusammen nicht mehr Truppen als die Russen halten dürfte.

Man weiss nun nicht, ob der abgebrochenen Diskussion über diese Frage ein nachträglicher Vertragsabschluss folgen wird. Indessen sind die verschiedensten Bespre-

chungen für die Zwischenzeit vorgesehen, so über das vertragshindernde deutsche Eigentum, welche in Wien stattfinden soll. Vielleicht lässt sich auch ein Schlüssel finden für die Verteilung der gewünschten «Minimal-Besetzungen».

Eine merkwürdige Folge hat der «Zeitgewinn», den die Russen in Moskau herausgeschunden: In Amerika regen sich Stimmen gegen die Ratifikation des italienischen Friedensvertrages. Warum? Neunzig Tage nach der Ratifizierung müssten die alliierten Truppen von der italienisch-jugoslawischen Grenze zurückgezogen werden. Zwar wird der Gouverneur von Triest für das «Freie Territorium» den Abzug der alliierten Schutztruppen länger hinauszögern können, da es in seinem Ermessen steht, sie als entbehrlich zu erklären. Aber von Triest bis zur österreichischen Grenze hinauf stünden nachher die von keinen Vorschriften gehemmten Jugoslawen einem faktisch entwaffneten Italien gegenüber. Eine Reihe von USA-Politikern empfehlen Truman, vor der Unterzeichnung des Oesterreich-Vertrages auf die Erledigung des italienischen Geschäftes und damit auf den Truppenrückzug aus der Venezia Giulia zu verzichten. «Erst wenn die Russen Oesterreich und im Zusammenhang damit auch Ungarn und Rumänien geräumt haben — vorher nicht —», lautet die Devise. Mit andern Worten: Es sind auf einmal die USA, welche den Zeitgewinn für gut finden. Auch sie fangen an, mit dem Vorteil einer mobilisierten Truppe zu rechnen. Man kann damit in Zusammenhang Trumans Verlangen nach Aenderung des Neutralitätsgesetzes bringen: Russland und seine Satelliten sollen nicht, wie bisher, frei sein im Kauf amerikanischer Waffen. Dieses Verlangen Trumans wurde während der «ersten Runde» kund ...

General Charles de Gaulle ist aus der politischen «Wüste» nach Paris zurückgekehrt, wo er die Vertreter der Presse empfangt, vor denen er sein Programm der «Rassemblement du peuple français» entwickelte. De Gaulle warf den Parteien und dem «System» völliges Versagen vor. — Unser Bild zeigt den Parteiführer gewordenen Charles de Gaulle während seiner Erläuterungen vor der Presse.



Links — Die Rache der jüdischen Terroristen: Als Antwort auf die Hinrichtung von Dov Gruner und den Selbstmord zweier anderer jüdischer Terroristen im Gefängnis von Jerusalem, hat die Terrororganisation des Irgun Zvai Leumi eine neue Welle von Anschlägen ausgelöst. Ihr schwerster richtete sich gegen den von Kairo kommenden und als Militärzug geführten Aegypten-Express, der nahe der ägyptischen Grenze, bei Rehovoth, in die Luft gesprengt wurde. Fünf Soldaten und drei Zivilisten wurden getötet und 41 Personen verwundet. Während der Rettungsarbeiten, die unsere Aufnahme im Bilde festhält, eröffneten im Gebüsch versteckte Terroristen das Feuer, konnten aber in die Flucht geschlagen werden.

Unten: Landsgemeindegottesdienst 1947. Blick in den Ring zu Wyl an der Aa, wo die Nidwaldner Stimmfähigen während viereinhalb Stunden die schwer befrachteten Traktanden erledigten. Zum neuen Landammann wurde Wymann (Beckenried) gewählt.



Die Obwaldner Landsgemeinde tagte auf dem Landenberg in Sarnen. — Unser Bild zeigt den Aufzug der Landsgemeinde zum Landenberg, voran die Landesfahne und die Harsthoroträger in alter Tracht.



Rechts: Das Geschenk der Diamantminen-Gesellschaft an die engl. Prinzessinnen. Den beiden Prinzessinnen wurde von der berühmten Diamanten-Gesellschaft De Beers Co, in Kimberley eine Diamanten-Kollektion im Werte von drei Millionen Pfund Sterling (rund 50 Millionen Schweizerfranken) gezeigt, wovon jede der Prinzessinnen einen Stein aussuchen durfte. Elizabeth suchte sich einen Stein im Werte von 1500 Pfund aus. Ihre jüngere Schwester war etwas bescheidener und beschränkte sich auf 1000 Pfund!



Die «Warspite» auf Grund gelaufen

Das alte Schlachtschiff «Warspite» von 30 600 Tonnen, Veteran beider Weltkriege und Held der Seeschlachten von Jütland Narwick, Anzio und der Invasion der Normandie, ist bei Prussia Cove vor der Küste von Cornwall auf Grund gelaufen. Die «Warspite» befand sich auf ihrer letzten Fahrt von Portsmouth nach Schottland, wo sie verschrottet werden sollte.

Rechts: Die englische Königsfamilie hat nach einer mehrwöchigen 16 000-Kilometer-Kreuzfahrt durch Südafrika den schwarzen Erdteil an Bord des 45 000-Tonnen-Schlachtschiffes «Vanguard» verlassen, um nach England zurückzukehren. — Unser Funkbild zeigt die englische Königsfamilie, wie sie vom Geschützturm des Schlachtschiffes aus zum letzten Male grüsst, bevor das Schiff den Hafen von Kapstadt verliess.





Von Lissabon kommend, ist der Graf von Paris, der Chef des Hauses Frankreich und französischer Thronprätendent, auf dem Luftweg in der Schweiz eingetroffen, um hier mit seiner Schwester, der Prinzessin Anna und nachmaligen Herzogin von Aosta, ferner mit seiner Tante, der Exkönigin Amalia von Portugal, zusammenzutreffen. — Unser Bild zeigt den Grafen von Paris, mit seiner Mutter, der Herzogin von Guise, beim Verlassen ihres Hotels in Lausanne.



Exkönigin Amalia von Portugal, die Mutter des letzten Königs dieses iberischen Staates, Manuel, hat den Besuch ihres Neffen, des französischen Thronprätendenten, Grafen von Paris, und dessen Mutter, der Herzogin von Guise, erhalten. Unser Bild zeigt die reizende alte Dame in Lausanne.



Mit dem Oberländer Schwingfest in Brienz ist die Freikluft-Schwingsaison am Sonntag eröffnet worden. Die besten Kräfte des Oberlandes, des Mittel- und Seelandes, des Emmentals, sowie aus Obwalden und dem Oberraargau, massen ihre Kräfte um den Tagessieg. — Unser Bild zeigt den Sieger, Pfäffli Werner (Pieterlen), der seinen Kampf gegen Zaugg Fritz (Trueb) erfolgreich abschliesst.

Die über das vergangene Wochenende im Basler Hallenbad durchgeführten schweizerischen Wintermeisterschaften im Schwimmen zeitigten erfreuliche Leistungen in den verschiedensten Disziplinen. Prachtvolle Leistungen bot vor allem neben dem Basler Schwertfeger der Zürcher Hellmuth Rauber bei den Herren, der sich gleich zwei Meistertitel erschwamm. Die 400 m Crawl legte er in 5:29,6 und die 100 m Crawl in 1:04 zurück.

Internationaler Geräte-Wettkampf in Zürich

Die im grossen Ganzen die italienische Nationalmannschaft stellende Selektion der Lombardei unterlag wie im Vorkampf in Como, nur noch klarer, der Equipe des Kantons Zürich, die ja seit Jahren als schweizerischer Gruppenmeister die besten Geräte-künstler des Landes stellt. Prachtvoller Tagessieger blieb Leo Schürmann, den wir hier am Reck beim Ausstossen aus dem Kammriesen zum Ellgriffriesen zeigen.

